

DIE ABGEHÄNGTEN: BLINDE FLECKEN DER GESELLSCHAFT

Vor allem im Osten Deutschlands machen Proteste wieder sichtbar, dass die Wende 1989 keineswegs nur zu Gewinnern geführt hat. Auf vier Jahrzehnte DDR-Diktatur folgte ein Gesellschaftsumbruch in der Regie von westlichen Demokratiebringern, auf den die Mehrheit der Ostdeutschen so nicht vorbereitet war. In ihrem Beitrag wirft Yana Milev ein Licht auf die «Abgehängten», die sich als Gestrandete im eigenen Land fühlen – und sie entwickelt einen Zukunftsentwurf für eine partizipative Demokratie.

Keywords: Abstiegs-gesellschaft, Postemokratie, Migration, Herabsetzung, Entwertung, Exklusion, Vulnerabilität, Kolonisierung, Neoliberalismus, Ostdeutschland, Zukunft

Yana Milev

«Kennen Sie vielleicht einen Abgehängten?» (Hank 2016) ist in der Headline der FAZ am 26.2.2017 zu lesen. Dazu ein Bild von einer Horde weisser verwaarloster Männer, die aussehen, wie weisse Aborigines, Ureinwohner also, hängengebliebene Analphabeten, gewaltbereiter Gesichtsausdruck. Das Foto wurde in Texas aufgenommen und Mitte März 2017 vom Netz genommen. Seit dem Wahlsieg von Donald Trump ist sich die westlich-demokratische Welt darüber einig, dass es erstens: undemokratischer nicht hätte kommen können, und zweitens: die abgehängten weisen Männer sind schuld an seinem Wahlsieg (oder gar eine Wahlmanipulation aus Russland). Diese Meinungsbefindlichkeiten sind zu klären. Deshalb seien ein paar Fragen an den Anfang gestellt: Was ist an der quasi demokratischen Wahl Donald Trumps undemokratisch? Wer oder was löst weltweite Proteste aus? Wer ist die Protestmenge? Was hat sie zu befürchten? Wer sind die Abgehängten, jene Ursache und gleichzeitig Sündenbock für den Wahlsieg Donald Trumps? Und warum spiegelt sich das US-amerikanische Szenario mit den deutschen Befindlichkeiten?

Seit das Ende der DDR auf 1989 festgeschrieben wurde, der Unrechtsstaat der Justiz übergeben, die Mehrheit seiner Bevölkerung dem «krassen sozialen Wandel» (Clausen 1994) ausgesetzt, inszenieren neue Meinungsforschungs- und Umfrageinstitute, soziologische Institute, NGOs und andere Institutionen einen soziologischen Wendeerfolg der Wendemacher. In dieser Rechnung werden die Wende-verlierer, die Abgehängten aus dem deutsch-deutschen Projekt, über die nächsten 28 Jahre ausgeblendet. Es handelt sich hier um die Mehrheit der Ostdeutschen, die ab 1989 und nach 40 Jahren DDR mit Ereignissen konfrontiert wurden, auf die sie nicht vorbereitet waren. Die Erfolgs-story wird bis heute vom Westen geschrieben, von den Demokratiebringern. Was heisst das? Um das besser zu verstehen, ist nicht nur ein Rückblick nötig, sondern eine Revision von Sozialgeschichte in Ostdeutschland zwischen 1989 und 2017.

Die vorliegende Auseinandersetzung sieht ihre Relevanz darin, aktuelle Debatten zur «Abstiegs-gesellschaft» (Nachtwey 2016) um den konkreten Teil der Ostdeutschen zu ergänzen. Sie möchte generell zu einem erweiterten Diskurs der Nachwende-Prekarität (Castel 2010) beitragen, in dem die *politische Psychologie* des Abstiegs in Ostdeutschland seit 1989 in den Fokus genommen wird. Ein angestrebtes Resultat aus dieser Hinterfragung wäre u. a. die besonders hohe Abwehr von Ostdeutschen gegen eine deutsche EU-Politik gesellschaftsdiagnostisch besser zu verstehen.

Es gibt kein gesellschaftliches «Wir» der Einheitswerte

Die im Jahr 2015 durch die amtierende deutsche Regierung veranlasste Flüchtlingspolitik multipliziert fundamentale gesellschaftliche Konflikte, für die es zurzeit noch keine angemessene Erklärung und erst recht keine Lösung zu geben scheint. Fakt ist, dass die Flüchtlingskrise – in Folge jüngerer EU administrierter Entscheidungen, wie mehrfache Bankenrettung seit 2007, die Krise der PIIGS-Staaten und des Weiteren Stellvertreterkriege wie in der Ukraine und in Syrien – die Bevölkerung in Deutschland massiv spaltet. Nach Meinungsumfragen des Instituts TNS¹ fordern 2016 rund 82 % der Deutschen von Kanzlerin Angela Merkel Kurskorrekturen in der Flüchtlingspolitik, die eine uneingeschränkte Grenzöffnung, eine uneingeschränkte Zuwanderung von Millionen papierlosen Muslimen, deren uneingeschränkte Integration in die sozialen Institutionen der Gesellschaft sowie einen uneingeschränkten Nachzug von Familienangehörigen befürwortet. Verschärft wird die Krise durch die mediale und parteipolitische Moderation: «Wir brauchen qualifizierte Arbeitskräfte», «Wir schaffen das», «Willkommenskultur», «Bedingungslose Hilfe für Kriegsflüchtlinge». Eine Verschärfung

1 Umfrage: Deutsche fordern Korrekturen in der Flüchtlingspolitik. Rund 82 Prozent der Deutschen fordern von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) Kurskorrekturen in der Flüchtlingspolitik. Die befragten Deutschen äussern sich ebenfalls zu eine Wunschkombi nach der Bundeswahl 2017, FOCUS Online, 10. September 2016, http://www.focus.de/panorama/videos/meinungstrend-unter-deutschen-buergern-umfrage-deutsche-fordern-korrekturen-der-fluechtlingspolitik_id_5920207.html (20. März 2017).

deswegen, weil die Propaganda der Zeit selbst den politisch Ungebildeten als *Euphemisierung* der Situation auffällt und weil im Zuge der Flüchtlingspolitik auf der anderen Seite ganz andere Konjunkturen scheinbar plötzlich aufbrechen: soziale Ungleichheit, Vermögensungleichheit, wachsender Niedriglohnsektor, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Kinderarmut, Altersarmut und darüber hinaus, Symptome einer abgehängten Bevölkerung. Trotz des gigantisch aufgeblasenen Globalisierungseuphemismus leben wir in Prekarisierungs- und Abstiegs Gesellschaften (Marchart 2013). Daraus folgt: Es gibt kein gesellschaftliches «Wir» der Einheitswerte, das akklamatorisch festgeschrieben werden kann. Die «Wir»-Forderung aus «Wir schaffen das» wirkt als unangemessene Überforderung im Spiegel sozialer Tatbestände. Diese Tatbestände können unmöglich ad hoc generiert worden sein. Wahrscheinlicher ist, dass sie seit der deutsch-deutschen Wende sorgsam überdeckt wurden. Mit den aktuellen gesellschaftlichen Fundamentalkrisen brechen sie an die Oberfläche und verzerren das gewünschte Bild einer «Demokratie ohne Grenzen».

Eine unsichtbare Migrationsgruppe

Der vorliegende Text will Teile der ostdeutschen Bevölkerung, Verlierer der deutsch-deutschen Wende nach 1989, plus Verlierer der Globalisierungswende (EU) nach 2002, ihre Geschichte der sozialen Mobilität, der Prekarisierung und ihre Proteste, thematisieren. Jene «Abgehängten» werden dieser Tage mit einer, aus ihrer Sicht, dritten Wende des Abgehängtwerdens konfrontiert – mit der Flüchtlingspolitik der amtierenden Regierung. Hier scheint eine kollektive Schmerzgrenze ultimativ überschritten zu sein. Soziale Widerstandsräume und Bruchlinien lassen sich nicht mehr retuschieren. Dennoch wird Vielen klar: Im Moment kollidieren Fakten und Faktoren, die sich nicht miteinander vertragen, die weder miteinander zu verhandeln noch zu vereinbaren sind. Auf der einen Seite gehen Medien und Parteien in Angriff über, wollen keinen Zusammenhang mit den seit 28 Jahren produzierten gesellschaftlichen Realitäten sehen, zu denen soziale und kulturelle Gräben gehören. Auf der anderen Seite wird eine bisher unsichtbare Bevölkerungsgruppe sichtbar, die Wendeverlierer, die durch Entwertung und Ausgrenzung Entwurzelten (Schultheis/Frasinghelli 2003), die ostdeutschen «Flüchtlinge» im Einheitsdeutschland, Randständige, über die man so nicht sprechen darf. Aber auch hier wird eine Europa-Euphemisierung die binnenräumlich produzierten sozialen Tatsachen (Schoelkopf 2008) auf Dauer nicht überdecken können. Bisher konnten übergeordnete Organisationen wie die BRD oder die EU den Status dieser Bevölkerungsgruppe gut nivellieren. Sie ging einfach unter. Hochrechnungen werden nunmehr an gemischten Populationen vorgenommen. Dabei werden Probleme

künstlich ausgeblendet, wie zum Beispiel die Folgen der rapide gesunkenen Fertilitätsrate von Ostfrauen nach der Wende oder die in der DDR unbekannt diskriminierung der Frau und daran anschliessend die Konstruktion des Gleichstellungsdiskurses.

Die allgemeine (westdeutsche) Erwartung, dass sich eine abgehängte Bevölkerungsgruppe karitativ den demografischen und sonstigen Problemen des Staates – der als solcher spätestens seit der EU-Wende nicht mehr wahrgenommen wird – stellen sollte, ist verfehlt und vermessen. Da es keine Thematisierung, geschweige denn Wiedergutmachung der sozialen Missstände in Ostdeutschland gegeben hat (und aus der Sicht bundesdeutscher Demokratiepolitik nicht geben darf), entstehen unausgesprochen Ausschluss, Festschreibung von kollektiv erlebten Traumata (Bartens 2014) und Feindbildern. Die Medien tun dabei ihr Übriges, auch die Diskurse von Intellektuellen, die einfach nur pauschalieren, ohne die soziologischen Details zu kennen, geschweige denn die sozialen Felder aus der Nähe. In «Soziales und kollektives Gedächtnis» spricht Aleida Assmann (2006) über die Differenz zwischen offiziellem und inoffiziellem Gedächtnis. Entwertungen, Beschädigungen an der Menschenwürde, die kollektiv traumatisch erlebt wurden, gehören zu einem inoffiziellen Gedächtnis der Ostdeutschen. Da dieses Gedächtnis auch noch dem «verordneten Vergessen» (Simon 1997: 25) preisgegeben wird, wie es Dieter Simon nennt (und darüber hinaus der verordneten Verfolgung), bleiben am Ende Symptome akuter Prekarisierung und psychischer Erkrankungen, die an die Ämter und Krankenkassen delegiert werden.

Gesellschaftliche Konstruktion von Wirklichkeit

«Die *Abgehängten* der Gesellschaft wählen Populisten, lassen sich verführen und sind unberechenbar. Die nicht-abgehängten Privilegierten suchen nun die Schuld bei sich», so Rainer Hank (2016) in der FAZ. Was in dieser Rhetorik deutlich zu Tage tritt, ist eine kollektive Fassungslosigkeit der Privilegierten, die sich entsetzt die Hände vors Gesicht schlägt und alle nur denkbare «Schuld» auch nur ansatzweise mit grossen Gesten von sich weist. In diesem Spektakel, von den Leitmedien hervorragend inszeniert, wird der Aspekt der *gesellschaftlichen Konstruktion von Wirklichkeit*, der Übertragungen und Projektionen, besonders gut deutlich. Jedoch gibt es keinen Feind, im Sinne des «rechten Mob» oder der «rechten Hetzer». Es sind Sinnkonstrukte in sozialen Räumen, die schwer verletzt wurden und nunmehr eine hohe *Vulnerabilität* aufweisen. Das sollte ernst genommen werden, was zur Folge hätte, eine chronische Entwertung Andersdenkender einzustellen.

Zum Thema der systematischen Entwertung von Ostdeutschen nach 1989 liegt nur spärlich Literatur vor.

Vivian Heitmanns Studie «Unverbindliche Welten? Die Wiedervereinigung aus der Sicht von psychisch Kranken und ihrem sozialen Umfeld» (1999) ist deshalb ein Perle im Sandhaufen. Sie hat zwischen 1990 und 1994 eine Studie erhoben, die sich zum Ziel setzte, wie sie selbst schreibt: «derjenigen Seite Gehör zu verschaffen, deren Erfahrungen durch die Wiedervereinigung nichtig geworden zu sein schienen.» (Heitmann 1999: 8)

Katastrophensoziologisches Szenario

Lars Clausen schreibt 1994, fünf Jahre nach der Wende, in «Krasser sozialer Wandel» treffend: «Die beiden Deutschlands haben viel miteinander gemein – bis auf die Sprache. Wir reden – und wir fühlen – mehr aneinander vorbei, als beide Seiten je und je bemerken können.» (Clausen 1994: 229) Diese Tatsache der Sprachlosigkeit hat sich mittlerweile in einem gewachsenen und sogar verhärteten Konflikt ausgeweitet. Der Beginn der Beobachtung und Analyse des Konflikts, der im Wesentlichen eine sich steigernde Inkohärenz in gesellschaftlichen Sinn- und Wertekonstrukten sowie in Demokratie- und Freiheitsbegriffen Ost/West beinhaltet, wird in dieser Auseinandersetzung auf 1989 datiert. Es wird davon ausgegangen, dass sich die sozialen Tatsachen in Ostdeutschland derart komplex überlagern, dass weder nur eine Generation oder nur ein Symptom untersucht werden kann, um der ganzen Geschichte Rechnung zu tragen. So liegen im Beobachtungs- und Analyseverfahren Ostdeutschlands mehrere gesellschaftliche Wendeereignisse und Transformationskrisen für den in Betracht kommenden Beobachtungszeitraum ab 1989 bis heute übereinander.

Diese einmal isoliert voneinander zu betrachten wäre aus drei Gründen von Bedeutung: Erstens ist alleine schon eine Transformationskrise in der Art der «Wende» ein krasser sozialer Wandel (Clausen), mehrere davon in schneller Abfolge erzeugen soziale Anomie (Durkheim) oder kollektives Trauma (Assmann 2006). Zweitens gilt die ostdeutsche Bevölkerung in Bezug auf weitere gewünschte neoliberale und demokratische Wendungen mittlerweile als reaktionär. Denn neuerdings brechen hier bisher unbekannte Protest- und Widerstandsräume auf. Drittens hat man es versäumt, den von Ostdeutschen durchaus gewünschten Dialog aufzunehmen, und steht jetzt vor dem «überraschenden» Tatbestand potenzieller Sprachlosigkeit und Ablehnung, der «naturgemäss» mit «westlicher Wertegrossmäuligkeit» (Poschardt 2014) übergangen und geleugnet wird. So schreibt Bernd Ulrich am Ende seines Artikels «Wie Putin spaltet» noch im Jahr 2014: «So treffen in diesen Wochen Weltsichten aufeinander, die allem Anschein nach längere Zeit nicht miteinander ausgetauscht wurden.» 2014 scheint lange zurück zu liegen, denn etwaige Meinungsgräben werden heute nur noch mit Hate-Speech und

verbaler Kriminalisierung bewältigt. Angemessen wäre eine versäumte sozialpsychologische Anomiedebatte, die im Jahr 1989 hätte ansetzen müssen, nachzuholen, um das kollektive Befinden im «Osten» besser zu verstehen, als es weiterhin zu entwerten. Genau auch dazu möchte diese Auseinandersetzung beitragen.

Die Abgehängten: Ein generatives Problem

Die vorliegende Auseinandersetzung unternimmt deshalb den Versuch, die subkutane Entstehungsgeschichte der gesellschaftlichen Gegenkräfte, wie sie aktuell ebenfalls in der gesamten deutschen Gesellschaft wahrgenommen werden, synchron zu der Entwicklungsgeschichte der Privilegierten und des neu-deutschen Establishments, aufzudecken, also eine Globalisierungsrevolte von unten herzuleiten, die sich aktuell in gesellschaftspolitischen Widerstandslagern bemerkbar macht. Dabei ist eine Genealogie der sukzessive abgehängten Bevölkerung seit 1989 von Interesse, mit besonderem Fokus auf Ostdeutschland im Gebiet der ehemaligen DDR. Besprochen werden hier drei Generationen der zwischen 1945 und 1975 Geborenen. Die beobachtete Bevölkerungsgruppe, die zur Wendezeit in einem ausbildungs- und berufsfähigen Alter (14–44) war, gelernt und qualifiziert und/oder über viele Jahre werktätig in Berufen stand, ist von da an bis heute in eine Geschichte der Entwertung, Herabsetzung und Ausgrenzung geraten, das heisst, sie wurde von Chancengleichheit und politischer Partizipation ausgeschlossen, bei gleichzeitiger medialer Verbrämung ihres Schicksals. Es ist genau diese subkutane Gesellschaftsgeschichte der s.g. Gegenkräfte, der Abgehängten, welche die Geschichte der *sozialen Mobilität* in Deutschland seit 1989 erst komplett macht.

Antagonistische Mobilitäten

Es sind einige Millionen Menschen, die in diese Beobachtungsgruppe fallen. Die letzte Volkszählung in der DDR ergab 1988 etwa 17 Millionen Einwohner. 1989 flüchteten etwa 150.000 «DDR-Flüchtlinge»; sie folgten den «Picknick-Flüchtlingen»² über die grüne Grenze nach Ungarn und Österreich. Nach der Wende erfolgten dramatische Arbeitsmigrationen in den Westen, was den Bevölkerungsanteil Ostdeutscher auf dem ehemaligen Territorium der DDR rapide schrumpfen liess. Ein paar Jahre später kam es zu den berühmten Rückzügen Entwurzelter, die weder im Westen Fuss fassen konnten, noch die alte «Heimat» vorfanden. Die Abgehängten wurden zu Gestrandeten und später zu Entwerteten im eigenen Land, zu einer unsichtbaren Migrationsgruppe der negativen

² 19. August 1989. Die erste Massenflucht aus der DDR. Bis zur Maueröffnung sollte es noch rund drei Monate dauern, doch an der österreichisch-ungarischen Grenze wurden die Barrieren schon am 19. August 1989 durchbrochen. Rund 600 DDR-Bürger nutzten ein «Picknick» der Paneuropa-Union für eine spektakuläre Massenflucht. Sie hatten ein erstes grosses Schlupfloch gefunden, Spiegel Online, 16. August. 1999, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/19-august-1989-die-erste-massenflucht-aus-der-ddr-a-35349.html> (21.3.2017).

sozialen Mobilität. Sozialer Abstieg entkoppeln Ostdeutsche aus dem deutsch-deutschen Projekt und lassen sie nach und nach als Vertriebene und Flüchtlinge im eigenen Land still werden. «Menschen 2. Klasse», die keinen Anschluss finden und in der Unsichtbarkeit von Plattenbauten oder Reha-Kliniken verschwinden. Als «Lost Generation» von Hoyerswerda und Rostock, von Halle und Frankfurt (Oder) wurden sie in der Springerpresse bekannt.

In gegenläufiger Bewegung fanden Arbeitsmigrationen Westdeutscher in den Osten statt. Diese kamen mit Lobbys, Westgehältern und Buschzulage³ und hatten die Aufgabe, alle öffentlichen Ämter in Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Politik zu besetzen.

Das spezifische Problem dieser Geschichte liegt in der Selbstermächtigung des «Westens» als Hüter einer Demokratiecausa von Einheitswerten für Gesamtdeutschland seit 1989, die es so vorher und auch seitdem nie gab. Dieser Selbstermächtigungsakt des «Westens» in Bezug auf gesellschaftliche Gesinnungsethik und Werteschöpfung verlief deshalb diametral zu anders denkenden und lebenden Gesinnungen des «Ostens» und verschärfte eine diesbezüglich vorhandene Inkohärenz. Betroffenheit wurde an dem Punkt ausgelöst, als das Andere (spätestens ab 2014) zum «Rechten» bzw. «Neu-Rechten» erklärt wurde. Betroffenheit deshalb, weil sich für Viele der ostdeutschen Bevölkerung etwas wiederholt, was sie aus Stasi-Zeiten kannten: das Verbot einer anderen Sicht und Rede.

Das Wissen des «Anderen», das quasi nicht vorgesehen war und das nunmehr auf der Grundlage des «besseren Arguments» (Porello 2017) bzw. des «herrschenden Arguments» diskriminiert und stigmatisiert wird. Dieser Prozess der gegenläufigen Migrationen und antagonistischen Mobilitäten, zwischen der etablierten Gesellschaft der Wendegewinner (West) und der unsichtbaren Gesellschaft der Wendeverlierer (Ost), ist ein bisher unerhörter, jedoch längst überfälliger Konflikt.

Postdemokratie: Doppelbödigkeit der Wendeversprechen

Mit der wirtschaftlichen Wiedervereinigung im Jahr 1990 war über eine gegenseitige Fremdheit hinaus ein entscheidender trennender Gesichtspunkt hinzugetreten: die «Entwertung der elementaren materiellen und mentalen Dispositionen aus DDR-Zeiten» (Rauschenbach 1995). Das deutsch-deutsche Projekt ist ein exemplarisches Beispiel der *Postdemokratie*, das mit gigantischen Versprechen für die Bevölkerung in Ostdeutschland eingeleitet wurde, die als «Wendeversprechen» unter der Ägide Kohl bekannt

geworden sind. Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl versprach den Ostdeutschen *blühende Landschaften*⁴ – ein Sinnbild für eine Vision ökonomischer Zukunftsperspektiven. Nebst den «Blühenden Landschaften» versprach Kohl eine «geistig-moralische Wende»⁵, also einen Regime-Change. Diese politische Losung war die Wendelosung für eine bessere Demokratie. In dem Moment, wo Ostdeutschland in der totalen Submission war, konnte die soziale Abhängigkeit zu den Wendeversprechen verstärkt und ausgebaut werden. Gleichzeitig zu den sozialen Abhängigkeiten von den «Wendeversprechen», hat die BRD ein *sozialpsychologisches und psychopolitisches Vakuum* hergestellt, jene *Blinde Flecken der Gesellschaft*, die auf der rhetorischen Landkarte der Wiedervereinigung einfach nicht existieren. Mit diesen Strategien der Postdemokratie konnten Wendegewinner ungehemmt den Raum neu besetzen. Das Projekt «Landnahme Ost», wie ich es nach dem von Klaus Dörre entwickelten Theorem der «neuen Landnahme» (Dörre 2009: 21–26) bezeichnen möchte, auch als Projekt «Aufschwung Ost» bekannt geworden, prosperierte. Ohne Ostdeutsche. Dieser Ausschluss ist der Beginn einer neuen, innerdeutschen Kolonialepisode, die mit weiteren Transformationskrisen überdeckt wird. In der Konsequenz wird bis heute kollektives Wende-Trauma als Tabuthema institutionalisiert.

Kurswechsel

Was wurde versäumt? Was lässt sich korrigieren? Wie sieht ein Zukunftsentwurf für eine demokratische Gesellschaft der Chancengleichheit und politischen Partizipation aus?

Aus meiner Sicht sollte der Widerstand in Bevölkerungen gegenüber weiteren Massnahmen kapitalistischen Umbaus der Gesellschaft ernst genommen werden. Der deutsche Kapitalismuskritiker Walter Benjamin hat für diese Forderung das *Rezept zur Katastrophenunterbrechung* hinterlassen: «Der Begriff des Fortschritts ist in der Idee der Katastrophen zu fundieren. Dass es so weiter geht, ist die Katastrophe.» (Benjamin 1990: 683)

Das Innehalten auf dem Laufband kapitalistischer Katastrophen-Akkumulation ist das Gebot der Zeit. *Widerstand heisst Fortschrittsunterbrechung* – und Umkehr. In einer zeitgemässen Übersetzung würde dies «Globalisierungsunterbrechung» heissen. Bisher züchtete der Kapitalismus, in seinem postpolitischen Erbe der Global Governance, seine Kritik, um sich mit ihr und durch sie zu akkumulieren. Um an dieser Stelle den Kreis zum Textanfang zu schliessen: Neuerdings stehen sich in der Arena der «Entsetzten» neue Akteure gegenüber. Globalisten und

3 *Buschzulage*, Wikipedia, <https://de.wikipedia.org/wiki/Buschzulage> (22.3.2017).

4 *Blühende Landschaften*, Wikipedia, https://de.wikipedia.org/wiki/Blühende_Landschaften (23.3.2017).

5 *Geistig-moralische Wende*, Wikipedia, https://de.wikipedia.org/wiki/Geistig-moralische_Wende (23.3.2017).

Globalisierungskritiker auf einer Seite und machen gemeinsam Front gegen eine ganz neue Seite – gegen den aus ihren Kollateralschäden hervorgegangenen subkutanen Widerstand, gegen die Abgehängten. Das ist die entscheidende Änderung auf der Bühne der Globalisierung. Mit dem Eintritt der Abgehängten in die Arena (der Globalisierung qua Demokratisierung) müsste sich auch eine bisherige Globalisierungskritik einer unfreiwilligen Rechenschaft unterziehen. Die fassungslosen (Medien-)Rufe wie «Angriff auf die Globalisierung» zeigen diesen Szenewechsel, der auf ein Ende der Globalisierung und seine bisherige Kritik hinausläuft, deutlich an.

Die Demokratie demokratisieren

Die Demokratie zu demokratisieren ist für die «Abgehängten» eine prospektive Forderung. Denn die zentrale Frage der Demokratie lautet immer noch: «Dürfen die Ausgeschlossenen sprechen?» (Stegemann 2017) Und wenn ja, was würden sie sagen? Ändern wir doch einfach mal die Perspektive und richten den Blick nach innen. Drosseln wir doch einfach mal die Geschwindigkeiten von Industrie 4.0 und Big Data. Halten wir mal die Revolution of Military Affairs (RMA) an, den Krieg um Energieressourcen und Peak Oil, den Krieg um Märkte, Wachstum und Leadership. Versuchen wir mal die gut finanzierten Trends der Globalisierungsindustrie und Hightechkreativen und ihrer Diskurse wie «Transnational movements» oder «The Futures of World Society» zu unterbrechen. Versuchen wir mal auf Menschengruppen zu schauen, deren «andere» Sprachen übergangen werden, deren soziale Zugehörigkeit verwehrt wird und auf deren Dialogbedürfnis mit Ignoranz geantwortet wird. Versuchen wir mal, kollektive Bedürfnisse der Gegenwart, ob in Deutschland, in Europa oder den USA, nicht als aufkeimenden Faschismus zu entwerten oder als gescheiterten Integrationsmarkt, sondern als etwas genuin Soziales anzuerkennen. Als Gegenantwort auf systematische Unterwerfung. Menschen haben Bedürfnisse nach Kollektiven, Herkunft, Zugehörigkeit, Sprache und Raum. Sie brauchen kollektive Bezugsrahmen, ritualisierte Erinnerung und ein reproduktives Gedächtnis, um zu überleben. Nehmen wir den Widerstand gegen den neoliberalen Kontrollverlust in (Ost-)Deutschland und auch sonst auf der Welt ernst und sehen darin Lösungsansätze.



Yana Milev

Yana Milev, nach Studium der Kunst und künstlerischer Karriere (documenta 1997) ging sie für ethnografische Studien nach Japan. Im Anschluss Promotionsstudium für Philosophie und Habilitation. Privatdozentin für Kulturosoziologie der Universität St. Gallen (HSG), Forscherin am Sfs der HSG und Projektleiterin am ICS der ZHdK Zürich.
<http://www.aobbme.com/yana-milev/>

Literatur

- Assmann, Aleida (2006): Soziales und kollektives Gedächtnis (S. 1-8), in: Sabine Peschel, Panel 2: Kollektives und soziales Gedächtnis, Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), PDF_Vortragpapier, www.bpb.de/system/files/pdf/OFW1JZ.pdf, hochgeladen am 2.5.2006, URL:<http://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/128665/panel-2-kollektives-und-soziales-gedaechtnis>, gesichtet am 27.8.2017
- Bartens, Werner (2014): *Traumatische Erlebnisse prägen das Erbgut. Depression und Trauma werden häufig an die nächsten Generationen weitergegeben, auch wenn sie zunächst nicht genetisch sind. Über soziale Prägung also? Forscher haben nun herausgefunden, dass Erlebnisse auch die Gene verändern können*, SZ.de, 14.4.2014. <http://www.sueddeutsche.de/gesundheit/genetik-traumatische-erlebnisse-praegen-das-erbgut-1.1936886> (21. März 2017).
- Benjamin, Walter (1990): *Gesammelte Schriften*, Bd. 1.2, Hg. von Rolf Tiedemann und Hermann Schwepphäuser. Frankfurt/Main, S. 683.
- Castel, Robert und Klaus Dörre (Hg.) (2010): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt/Main: Campus.
- Clausen, Lars (1994): *Krasser sozialer Wandel (Kieler Beiträge zur Politik und Sozialwissenschaft)*. Wiesbaden: Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften; sowie Opladen: Leske+Budrich.
- Dörre, Klaus (2009): *Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus* (S. 21–86), in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich, Hartmut Rosa, *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Hank, Rainer: *Kennen Sie vielleicht einen Abgehängten? Die «Abgehängten der Gesellschaft wählen Populisten, lassen sich verführen und sind unberechenbar. Die nicht-abgehängten Privilegierten suchen nun die Schuld bei sich»*. Ein Kommentar, FAZ.NET, 27.11.2016. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/arm-und-reich/abgehaengte-sind-der-neue-geist-der-gesellschaft-14546418.html#void> (20. März 2017).
- Heitmann, Vivian (1999): *Unverbindliche Welten? Die Wiedervereinigung aus der Sicht von psychisch Kranken und ihrem sozialen Umfeld*. Tübingen: Edition Diskord.
- Marchart, Oliver (2013): *Prekarisierungsgesellschaft: Prekäre Proteste. Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung*. Bielefeld: Transkript.
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegsgesellschaft – Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Porello, Niklas (2017): *Die Stigmatisierung der Rechten. Diskriminierung anderer – eine Folge des besseren Arguments?*, in: soziologie-heute, das soziologische Fachmagazin, Heft 52, April, S. 10 ff.
- Poschardt, Ulf (2014): *Der Westen soll Putin umarmen, Die Welt-Online*, 3.3.2014. <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article125387514/Der-Westen-sollte-Putin-umarmen.html> (23.03.2017).
- Rauschenbach, Brigitte (1995): *Deutsche Zusammenhänge. Zeitdiagnose als politische Psychologie*. Zürich: Edition Interfrom.
- Schoelkopf, Katrin (2008): *Entwurzelung ist die gefährlichste Krankheit*, Welt N24, 8.11.2008. https://www.welt.de/welt_print/article2692014/Entwurzelung-ist-die-gefaehrlichste-Krankheit.html (20.03.2017).
- Schultheis, Franz und Christine Frisinghelli (Hg.) (2003): *Pierre Bourdieu. In Algerien: Zeugnisse der Entwurzelung*. Graz: Edition Camera Austria.
- Simon, Dieter (1997): *Verordnetes Vergessen* (S. 25), in: Gary Smith, Avisshai Margalit, Amnestie, oder Die Politik der Erinnerung. Frankfurt a.M.
- Stegemann, Bernd (2017): *Das Gespenst des Populismus. Ein Essay zur politischen Dramaturgie*. Berlin: Theater der Zeit.
- Ulrich, Bernd (2014): *Wie Putin spaltet, Die Zeit*, 10. April 2014.